

Welt der Arbeit

Ausgabe 11

www.weltderarbeit.de

20. Juli 2004

WdA im Juli

Wenn's ans Sparen geht, müssen zwei Bereiche zu aller erst Federn lassen: Kultur und Soziales. Der Aufschrei über den Sozialabbau ist mit Recht heftig. Künstler protestieren offenbar leiser. Dabei haben sie, soweit gewerkschaftlich organisiert, eine Macht hinter sich: Die IG Medien war die einzige Gewerkschaft, welche Selbstständige in künstlerischen Berufen aufnahm. Literaten, Bildende Künstler, Musiker, Schauspieler sind seit der Verschmelzung von fünf Einzelgewerkschaften nun Mitglieder von Fachgruppen im Fachbereich 8 der ver.di. Sie stehen in zahlreichen sozialen, zum Teil existenziellen Auseinandersetzungen durch die herrschende Sparpolitik und brauchen die Unterstützung der übrigen Gewerkschaftsmitglieder. Dringend nötig sind solidarische, vielseitige Aktionen zur Abwehr weiterer Haushaltskürzungen durch Kommunen und Länder im Kunst- und Kulturbereich! Die Krise der öffentlich finanzierten oder geförderten Kulturaktivitäten ist Folge geringerer Steuereinnahmen. Hier muss eine andere, Arbeitsplätze schaffende Politik ansetzen, wenn unsere Kulturlandschaft nicht völlig austrocknen soll.

Inhalt dieser Ausgabe:

Kulturpolitik in Deutschland

Seite 1

Kultur: Pflichtaufgabe

Seite 2

Globalisierung

Seite 3

Blick zurück:

Wilhelm Leuschner

Seite 4

Die Geschäfte der WestLB; Militärmacht USA; Friedensmacht Europa?

Seite 5

Die manipulierte Statistik;

Buch-Tipp; Kommentar;

Impressum

Seite 6

Kulturpolitik in Deutschland

Die Förderung und Pflege von Kunst und Kultur ist in der Bundesrepublik vorrangig eine Aufgabe von Ländern und Kommunen. Vor dem Hintergrund ihrer bedrohlichen finanziellen Lage verstärkt sich der Druck auch auf Kulturhaushalte. Lediglich 1,66 Prozent aller öffentlichen Ausgaben stehen für die Kultur zur Verfügung. Zu wenig für die Haushaltssanierung, aber fatal für die Kultur. Bereits im Jahr 1990 wurde in einer Resolution nordrhein-westfälischer Kulturdezernenten aus 31 Städten gefordert: „Die für Kultur bereitgestellten Mittel müssen auf allen Ebenen deutlich vermehrt werden; 10 Prozent der kommunalen Verwaltungshaushalte müssen für Kultur reserviert sein“.

In einem Kulturpolitischen Manifest des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie im ver.di-Landesbezirk NRW wird kritisiert: „Spitzenvertreter der Kulturlandschaft in diesem Land bedienen sich im Namen des Kulturerhalts neuerdings eines Vokabulars der Unkultur. Etats werden zusammengestrichen, Atelierhäuser geschlossen, Museen zusammengelegt, Theater ausgedünnt, Musikschulen dem Rotstift geopfert. Es wird flexibilisiert, verschlankt rechtsformverändert und outgesourced..... Niemand interessiert es wirklich, ob die Städte kulturell veröden, die Vormerklisten der Kinder an Musikschulen immer länger werden, das Publikum sich nur noch aus altem Geldadel und wenigen Neureichen rekrutiert und der Kunstmarkt ausschließlich hohe Spekulationsgewinne verheißt. Fürs gemeine Volk werden schließlich genügend Seifenopern als Tranquilizer produziert... Kulturpolitiker vermitteln den Eindruck, als wären ihre Zuschüsse Geschenke oder Gnadenakte, und sie begreifen sich so lange als großzügig, wie sie überhaupt etwas ausschütten. Kulturschaffende werden in die Rolle

von Bittstellern gedrängt und Kultureinrichtungen in der Öffentlichkeit bestenfalls als „weicher Standortfaktor“ dargestellt“.

Mit Zustimmung aller Fraktionen im Deutschen Bundestag wurde im vergangenen Jahr eine Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ eingesetzt. Sie „soll zeigen, was Kultur in Deutschland heute ausmacht und worin der zu schützende und weiter zu entfaltende Reichtum unserer Kultur besteht“. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme wird die Kommission „politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur“ dienen. Das Gremium besteht aus elf Mitgliedern des Bundestages und elf Sachverständigen. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2005 vorgelegt werden, „damit noch in der 15. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können“.

Nach Angaben der Enquête-Kommission sind die öffentlichen Ausgaben für Kultur in diesem Jahr um 100 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Überproportional betroffen von Kürzungen sind Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken. Insgesamt liegen die Ausgaben in diesem Jahr bei rund 8,2 Milliarden Euro. Diese Mittel reichen absolut nicht aus. Es sind deshalb dringend Aktionen erforderlich, die eine stärkere Unterstützung von Kunst- und Kulturschaffenden ermöglichen. Eine ausreichende Kulturförderung muss durch die Verankerung von Kunst und Kultur als Pflichtaufgabe in den Verfassungen des Bundes und der Länder gesichert werden.

Franz Kersjes

Kultur: Pflichtaufgabe

„Kunst ist ein gesellschaftliches Gut, das die Gesellschaft ohne Wenn und Aber bereitstellen muss. Selbstverständlich ist es daher die Aufgabe der öffentlichen Hand, Kunst und Kultur in ihren unterschiedlichen Formen zu fördern, und ganz besonders diejenigen Künstlerinnen und Künstler, die sich auf dem Markt nur schwer behaupten.“

Daraus ergeben sich folgende Kernaussagen:

- Entscheidungen, die die Künstlerinnen und Künstler unmittelbar berühren, fallen in die Kompetenz der Parlamente, der Bundesländer und der Gemeinden. Es müssen daher Beiräte für Kunst und Kultur geschaffen werden, in denen Vertretungen der Künstlerinnen und Künstler und ihrer Organisationen an den Entscheidungen frühzeitig beteiligt werden.

- Alle Gremien, die für die staatliche Förderung der Kunst eingerichtet werden, müssen eine demokratische Legitimation haben.

- In ihre Entscheidungen müssen die Künstlerinnen und Künstler einbezogen werden.

Leider ist festzustellen, dass die soziale / wirtschaftliche Situation der Mehrheit der Urheberinnen und Urheber, Künstlerinnen und Künstler im Widerspruch zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutung steht. Dem kann man entgegenwirken, wenn folgende Forderungen politisch umgesetzt werden:

- Das Urheberrecht muss ständig den neuen technischen Entwicklungen angepasst werden; darüber hinaus muss es im Sinne eines „kulturellen Generationenvertrages“ stabilisiert und erweitert werden.

- Das Zuwendungsrecht darf kein künstlerisches Engagement

behindern.

- Musikschulen sind für die kulturelle Grundversorgung unentbehrlich. Ihre Existenz muss langfristig gesichert werden.“

(A u s z ü g e aus dem „Kulturpolitischen Manifest“)

„Schwarzbuch – Anschläge auf Kunst und Kultur in NRW“ ist eine ver.di-Broschüre, herausgegeben vom Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie in Nordrhein-Westfalen. In ihr wird dokumentiert wie unter den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kulturpolitische Grundvoraussetzungen im Bundesland und in den Gemeinden reduziert werden. Kunst und Kultur sowie die kulturelle Grundversorgung sind gefährdet! Eine gefährliche Tendenz! Begründet wird sie mit den „leeren“ öffentlichen Haushaltskassen. Das ist ein weiterer Ausdruck wachsender gesellschaftlicher Widersprüche. Verstehen muss man, dass die von Politikern oft geäußerte Überprüfung öffentlicher Ausgaben auf ihre Wirtschaftlichkeit hin, eine Aushöhlung von sozialen / staatlichen Ausgaben bedeutet.

Kulturpolitik ist als Gesellschaftspolitik zu begreifen. Um den sich weiter abzeichnenden Abbau kultureller Aufgaben und Förderungen besser entgegen wirken zu können, muss es erreicht werden, dass die Kultur für Städte und Gemeinden eine gesetzlich verbindliche Pflichtaufgabe wird. Diese Forderung hat ver.di schon mehrmals deutlich formuliert, zum Beispiel im „Kulturpolitischen Ratschlag“ (Manifest) vom 13. November 2002 in Essen und in Thesen zur Enquete-Kommission „Zukunft der Kultur“ (Stand: 30.04.04). Während der

in diesem Jahr stattfindenden Kommunalwahlen in NRW muss dieses Thema verstärkt in die politische Diskussion eingebracht werden. Hierfür sprechen wichtige Gründe: Kultur als Pflichtaufgabe kann in den städtischen Haushalten eine gesicherte Basis bekommen, die ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entspricht. Sie macht eine demokratisch verfasste Gesellschaft fruchtbar. Ohne Kunst und Kultur verliert jede Demokratie eine positive Identität.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ist nicht nur ein Satz aus unserem Grundgesetz, sondern er entspricht den Erfahrungen mit unserer jüngeren, blutigen Geschichte, die sich nicht wiederholen darf. Konsequenz ist darum in ihm die Freiheit der Kunst und Wissenschaft und die Pressefreiheit verankert. Dies sind alles Grundlagen für eine demokratische Kulturpolitik. Sie muss ein Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie und des Friedens sein, damit der Mensch Mensch sein kann.

Wenn die Kultur in den Städten und Gemeinden als Pflichtaufgabe aufgenommen werden muss, dann ist nur ein Teilproblem gelöst: Wie wird sie umgesetzt? Welche inhaltlichen Schwerpunkte gibt man ihr? Wie organisiert man eine breite „Dialog-Ebene“, die Toleranz und Vielfalt sichert? Werden bei kulturellen Planungen Künstler mitbestimmen können?

Reinald Schnell

Der Autor dieses Beitrages ist Bildender Künstler und Mitglied im Landesvorstand des Fachbereichs 8 der ver.di NRW.

Globalisierung

Es könnte das Schlagwort des Jahres, des Jahrzehnts oder vielleicht gar des Jahrtausends werden: Globalisierung! Und dabei ist der Begriff durchaus vieldeutig und beweglich, grenzüberschreitend, weitläufig, vielseitig, vergleichend, verbindend. Alles könnte gemeint sein. Leider aber wird dieser Begriff in der heutigen Diskussion arg verengt, er reduziert sich auf Wettbewerb, Konkurrenz und Gegnerschaft, Kampf und Besser-Sein sind die einzigen Hauptpunkte von Debatten, die jeweils mit Globalisierung beginnen.

Globalisierung: Das Wort ist der Politiker liebstes Kind, und vor allem die Wirtschaft macht es sich zu Eigen. Erreicht haben sie, dass Globalisierung mit Angst, Feindseligkeit und Neid in Verbindung gebracht wird.



Die Reaktionen sind vielfältig und teilweise sehr beunruhigend; ein Rückfall in Heimattümelei, vielleicht sogar nationale Abgrenzung sind die Folgen. Dabei kann Globalisierung auch als Netzwerk, Kennen lernen anderer Kulturen, mit Vergleichen und Finden, Neugierde und Freude verbunden werden. Globalisie-

rung könnte also durchaus positiv besetzt und gerne aufgegriffen werden, wenn man die Auseinandersetzung mit den Nachbarn und anderen Völkern auf das Miteinander der Kulturen, auf das Kunstschaffen ausgedehnt hätte.

Was wir erleben, ist das genaue Gegenteil; eine in erster Linie auf Wettbewerb ausgerichtete Annäherung an den Nachbarn hat auch die Kunst einbezogen und verlangt von ihr messbare Höchstleistungen. Die Kunst soll in die Fußstapfen einer ausschließlich wirtschaftlichen Ausrichtung treten und wird selbst nur noch am Erfolg und am Massenzuspruch gemessen. Größer, besser, interessanter, vor allem aber Massen mobilisierend, vorausschaubar in ihrem Erfolg, das sind die Stichworte, die auf der internationalen, aber auch auf der nationalen und sogar regionalen Bühne von der Kunst erwartet werden, so bitteschön hat sie sich zu gebaren, und so hat sie bitteschön zu sein. Welch unsinnige Einbahnstraße!

Kunst kann, ja sie darf keiner vorkalkulierten Verwertbarkeit unterliegen, sie verliert einen wesentlichen Teil ihrer Aufgabe, wenn der Marktwert der Maßstab ihrer Anerkennung, Förderung und Forderung ist.

Kunst ist der einzige Bereich, der sich ohne Wenn und Aber der freien Assoziation widmen kann, sie muss sich allem und jedem in unvoreingenommener Freiheit nähern können, über ihren Wert mag man anschließend streiten, wohl wissend, dass die Kunstgeschichte immer wieder die Hoffnungslosigkeit der jeweils aktuellen Kunstkritik bewiesen hat.



Kunst ist ein gesellschaftliches Gut, das die Gesellschaft ohne Wenn und Aber tragen muss. Es gibt kaum noch Bereiche, die Grenzen und Möglichkeiten aller Strukturen immer wieder hinterfragen und konterkarieren. Die augenblicklich ausgebrochene Debatte um die Globalisierung, die nur den Blick auf Verwertbarkeit und Marktkonformität lenkt, könnte schweren Schaden hinterlassen, und letztendlich auch da zu Verletzungen führen, wo Kreativität und Einzigartigkeit – im Endergebnis sogar im wirtschaftlichen Sinne – gebraucht und entwickelt werden. Der Mut lässt nach.

Wir sollten uns gerade angesichts dieser Entwicklung immer wieder vor Augen führen, wie sehr das Grundgesetz die Freiheit der Kunst privilegiert: ein untrügliches Zeichen dieses Metiers. Lassen wir es nicht in einer oberflächlichen Wirtschaftsdefinition der gegenwärtigen Politik und des gegenwärtigen Handelns verkommen.

Lorenz Mueller-Morenius

Der Autor dieses Beitrages ist Bildender Künstler und Mitglied im Landesvorstand des Fachbereichs 8 der ver.di NRW.

Karikaturen: Reinhard Alff

Blick zurück:**Leuschners Vermächtnis: Schafft die Einheit!**

Tage des Gedenkens: Beginn des Ersten Weltkrieges vor 90 Jahren am 1. August, Beginn des Zweiten Weltkriegs kaum eine Generation später, am 1. September vor 65 Jahren. Und in diesem Monat: 60 Jahre 20. Juli 1944. Sehr spät erst kam es zu einem der spektakulärsten, allerdings gescheiterten Attentate auf den Hauptverantwortlichen für den Krieg, für Verfolgung, Einkerkelung, Vertreibung und für den Massenmord an Menschen.

Der 20. Juli 1944 ist als „Aufstand der Offiziere“ ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegangen. Auch eine Fernsehsendung führt dieser Tage den „Aufstand der Offiziere“ im Titel. Aber nicht alle der damals Eingeweihten, der Mittäter und späteren Opfer entstammten dem Offiziersstand. Einer der nicht zu den Militärs zählenden „Männer des 20. Juli“ war der Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner. Im Deutschland nach Hitler hatte er Vizekanzler werden sollen.

Leuschner wurde 1890 als Handwerker Sohn in Bayreuth geboren, absolvierte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre als Holzbildhauer und engagierte sich früh sowohl in der Sozialdemokratischen Partei als auch in der Gewerkschaft. In den Zwanzigerjahren war er Abgeordneter im Hessischen Landtag; 1928 wurde er Innenminister in Hessen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), dessen Vorstand er angehörte, entsandte Leuschner als Arbeitervertreter in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Genf.

Nach Beginn der NS-Herrschaft war Leuschner vom Amt des Landesinnenministers zurück getreten. Er wurde dennoch von SA-Leuten eingesperrt und misshandelt. Paradoxerweise veranlasste Robert Ley, der Leiter der nationalsozialistischen Arbeitsfront (DAF), Leuschners vorübergehende Freilassung, damit dieser an einer Sitzung des IAA teilnehmen konnte. Sie fand statt, nachdem am 2. und 3. Mai 1933 die Gewerkschaften in Deutschland bereits zerschlagen worden waren. Leuschner dachte jedoch nicht daran, den Erwartungen Leys zu entsprechen und sich in Genf für eine internationale Anerkennung der DAF stark zu machen. Er wurde bei seiner Rückkehr sofort fest genommen und ins KZ deportiert.

Nach seiner Entlassung führte er ein vermeintlich unpolitisches Leben als Fabrikant von Bierflaschenverschlüssen. Tatsächlich aber nutzte Wilhelm Leuschner seine zahlreichen Geschäftsreisen für heimliche Treffen mit Gewerkschaftlern und anderen Regimegegnern. Er nahm unter anderem Verbindung auf zu Julius Leber, dem Kristallisationspunkt des sozialdemokratischen Widerstandes. Leber, für die Zeit nach Hitler als Reichskanzler oder Innenminister im Gespräch, erlitt im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 dasselbe Schicksal wie Leuschner.

Das Hauptziel Leuschners für die herbeigesehnte Zeit nach Nationalsozialismus und Krieg war die Schaffung der Einheitsgewerkschaft als Interessenvertretung aller arbeitenden Menschen.

Dazu baute er in dem Jahrzehnt zwischen Entlassung aus dem KZ und neuerlicher Festnahme im ganzen Deutschen Reich – unter den Bedingungen der Illegalität – ein Netzwerk von Vertrauensleuten aus den Gewerkschaften und anderen widerstandsbereiten Kreisen auf, darunter auch zur christlichen Gewerkschaftsbewegung. Dadurch wurde Leuschner für den militärischen Widerstand zu einem der wichtigsten zivilen Partner.

„Schafft die Einheit!“ war Credo und Vermächtnis Leuschners. Die Einheitsgewerkschaft kam; aber Wilhelm Leuschner und viele andere Widerstandskämpfer konnten nicht mehr dabei sein. Dem gescheiterten Attentat folgte eine gigantische Verhaftungswelle. Über 5.000 Gewerkschaftsfunktionäre sowie frühere Parlamentarier auf Reichs-, Landes- und kommunaler Ebene wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager transportiert. Ob die Inhaftierten überhaupt Verbindung zum politischen Widerstand gehabt hatten, wurde gar nicht erst untersucht.

Gestapo-Leute nahmen Wilhelm Leuschner am 16. August 1944 fest. Nur wenig später wurde er vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt und am 29. September in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Der Widerstand der Wenigen hat das Regime nicht stürzen können. Aber Existenz und Opfer des Widerstandes haben dem Neubeginn nach 1945 das ethische Fundament gegeben.

Claus Floeder

International und katastrophal: Die Geschäfte der WestLB

„International und katastrophal – Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB“ lautet der Titel einer Studie der Institute „Südwind“ und „Urgewalt“. Die beiden Organisationen weisen dort nach: Die Finanzierung der viel kritisierten OCP Pipeline, deren Bau zu massiver Umweltzerstörung in Ecuador geführt hat, ist bei der Bank kein Einzelfall. Die WestLB hat in den vergangenen Jahren zahlreiche derartige Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern finanziert; und immer hatten sie katastrophale Folgen für Umwelt und Menschen.

Es war die wohlüberlegte Strategie der Bank, das risikoreiche Geschäftsfeld der Projektfinanzierung massiv auszuweiten. Von

den Eigentümern der WestLB, darunter das Land Nordrhein-Westfalen, ist das mit zu verantworten. Mit ihren Finanzierungsmethoden ist die Bank große ökologische, soziale und ökonomische Risiken eingegangen. An zuverlässige Kontrollmechanismen dachte sie offenbar nicht. Sie steuerte so in eine schwere finanzielle Krise, aus der gegenwärtig kein Ausweg erkennbar ist.

Die in den zehn Fallbeispielen der Studie dokumentierte Mitfinanzierung von Korruption, Umweltzerstörung und Verletzung fundamentaler Menschenrechte steht in direktem Zusammenhang mit der derzeitigen Krise der WestLB; sie wird in naher Zukunft weitere Arbeitsplätze kosten.

Zudem wird das Land Nordrhein-Westfalen, finanziell noch stärker in die Enge getrieben. Es stehen derzeit, um nur ein Beispiel zu nennen, unter anderem Kürzungen für die Mitfinanzierung von Kindergärten an. Die Sparkassen sollten sich gut überlegen, ob sie der WestLB frisches Kapital zur Verfügung stellen.

Trotz internationaler Proteste und der tiefen wirtschaftlichen Krise scheint die Bank nichts aus ihren Fehlern gelernt zu haben. Anfang dieses Jahres unterzeichnete die WestLB als Mitglied eines Bankkonsortiums einen Vertrag für die Finanzierung der Baku-Tiblissi-Ceyhan Pipeline, die unter anderem den Borjomi Nationalpark in Georgien bedroht und durch mehrere Konfliktregionen führt.

Die Studie kann erworben werden zum Preis von 8,50 € über

www.suedwind-institut.de

Militärmacht USA

Im Jahr 2000 spendete die amerikanische Rüstungsindustrie dem Präsidentschaftskandidaten Bush rund 8,7 Millionen Dollar. Diese Wahlkampfhilfe sollte sich auszahlen. Zur gleichen Zeit betrug der Etat des Pentagon 280,8 Milliarden Dollar. Im Jahr 2001 wurde er um 8,8 Prozent auf 305,4 Milliarden Dollar erhöht. Im Jahr 2002 um 12,4 Prozent auf 343,2 Milliarden Dollar, im Jahr 2003 um 15,4 Prozent auf 396,1 Milliarden Dollar. Allein die Steigerung um 53 Milliarden Dollar im Jahr 2003 ist größer als die Militärausgaben jedes anderen Staates auf der Welt. Der Militärhaushalt der USA von 2003 war mit seinen 396,1 Milliarden Dollar mehr als 26mal so groß wie die Militärausgaben der Länder Iran, Irak, Kuba, Libyen, Sudan, Nordkorea und Syrien zusammen.

Friedensmacht Europa?

Die fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute haben die Europäische Union davor gewarnt, bei ihrer Sicherheitspolitik zu sehr auf militärische Mittel zu setzen. Für mehr Sicherheit Sorge zuallererst die soziale, rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

Die Europäische Union laufe Gefahr, sich vom Modell einer Zivilmacht zu entfernen, wurde bei der Vorstellung des Friedensgutachtens 2004 in Berlin erklärt. Europa solle sich wieder auf seine Stärken wie zivile Krisenprävention und Diplomatie konzentrieren, statt die militärischen Ressourcen auszubauen. Nur eine Politik, die auf Vorbeugung setze, könne die Ursachen von Konflikten abbauen.

Kritisch betrachteten die Forscher auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Sie befindet sich in einem Zwiespalt. Mit ihrem Nein zu einer Beteiligung am Irak-Krieg habe sie Vernunft bewiesen. Gleichzeitig weite sie das Einsatzgebiet der Bundeswehr aus. Eine weltweite Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Kriegsführung, wie sie das Bundesverteidigungsministerium vorsehe, widerspreche aber dem Verfassungsauftrag. Deutschland solle lieber verstärkt darauf setzen, Kontingente für eine Friedenstruppe bereitzustellen. Dass militärische Mittel die Lage nicht bessern, zeige vor allem die Situation im Irak. Der „Krieg gegen den Terrorismus“ habe die Welt nicht friedlicher, sondern unsicherer gemacht.

Die manipulierte Statistik

All monatlich verkündet die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg die aktuelle Arbeitslosenstatistik. Wenn die Zahl der Arbeitslosen sinkt, fühlt sich die Regierung in ihrer Politik bestätigt. Aber haben Arbeitslose, die aus der Statistik herausfallen, auch tatsächlich wieder Arbeit gefunden?

Seit 1.1.2004 gelten Arbeitslose, die vom Arbeitsamt zu kurzzeitigen Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen geschickt werden, nicht mehr als arbeitslos im Sinne der Statistik. Und die Teilnehmer/innen an Trainingsmaßnahmen sind nicht die einzigen, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik fehlen. Auch alle anderen Teilnehmer/innen an Weiterbildungsmaßnahmen werden herausgerechnet. In der Statistik erscheinen auch solche Arbeitslose nicht mehr, die älter als 58 Jahre sind und dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Mit vielen weiteren Beschäftigungslosen, die in Nürnberg gemeldet sind, wird die Statistik geschönt, zum Beispiel mit den Teilnehmer/innen an

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Alle diese Menschen haben keinen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt, erhalten Arbeitslosengeld oder -hilfe oder andere Leistungen vom Arbeitsamt. Zählt man alle Arbeitslosen, die Leistungen aus Nürnberg beziehen, zusammen, müssten rund sechs Millionen Menschen in der Statistik erscheinen.

Viel aussagekräftiger ist die Zahl der Erwerbstätigen. Das sind alle Arbeitnehmer/innen, auch die nicht Sozialversicherungspflichtigen wie Beamte, Freiberufler und Selbstständige. Die Zahl wird vom Statistischen Bundesamt ermittelt; man erfährt sie allerdings mit zweimonatiger Verspätung, weil es recht kompliziert ist, die Daten zusammenzutragen. Im April 2004 gab es 38.094 Millionen Erwerbstätige. Seit knapp zwei Jahren sinkt die Erwerbstätigenzahl saisonbereinigt jeden Monat. Der aktuelle Wert ist die niedrigste Zahl seit der so genannten Wiedervereinigung. Im Januar ist die Erwerbstätigenzahl um 18.000, im Februar um 22.000, im März um 33.000 und im April um 28.000 gesunken.

* * * *

Buch – Tipp

Oskar Negt
Arbeit und menschliche Würde
Steidl Verlag, 752 Seiten, 29 €

Oskar Negt, seit über dreißig Jahren Professor für Soziologie in Hannover, berichtet äußerst kritisch von der Grausamkeit der modernen Erwerbsgesellschaft und vom großen Globalisierungsbetrug. Negts Analyse verlangt eine Umkehr der Blickrichtung. Er plädiert dafür, die

ökonomischen Prozesse, die uns wie „Naturereignisse“ zu überwältigen scheinen, „von unten her“ zu betrachten, vom Schicksal der „lebendigen Arbeitskraft“; zudem sei von den konkreten Interessen und Bedürfnissen der Menschen auszugehen. Arbeitslosigkeit sei ein Gewaltakt, und der gegenwärtige Krisenzustand der Öffentlichkeit sei zu einem politischen Kampfplatz geronnen, auf dem die verfeindeten Seiten „Kriegsziele“ definierten und Privilegien festlegten.

Kommentar

Kollege Kanzler?

Kanzler Gerhard Schröder will ver.di-Mitglied bleiben. Aber kann sich ver.di ein solches Mitglied überhaupt leisten? Gewerkschaftsmitglieder werden aus der SPD geschmissen, weil sie die Agenda 2010 aktiv bekämpfen, und Schröder darf in ver.di bleiben!? Er scheint die gewerkschaftlichen Grundsätze und Ziele nicht zu kennen: § 5 der Satzung fordert die „Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit“. Von der Mitgliedschaft auszuschließen sind Personen, „deren Bestreben und Betätigung im Widerspruch zu den in § 5 genannten gewerkschaftlichen Zielen“ stehen. Selbstverständlich kann jedes Mitglied seine Meinung zu Angelegenheiten seiner Gewerkschaft freimütig äußern. Aber es darf nicht sein, dass Politiker, die auch Gewerkschaftsmitglied sein wollen, vorsätzlich und ausdauernd gewerkschaftliche Ziele missachten und bekämpfen. Sonderrechte für einen Bundeskanzler kann und darf es in einer Gewerkschaft nicht geben.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln. Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: franz.kersjes@koeln.de Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird im Internet veröffentlicht. www.weltderarbeit.de Nachdruck erwünscht. Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.